

# vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

SEPTEMBER 2015

## VERHAGELTER SOMMER



**Thorsten Schäfer-Gümbel,**  
SPD-Landesvorsitzender

Politisch gesehen blickt die hessische Koalition von Schwarz-Grün trotz der Hitzewelle auf einen ziemlich verhaselten Sommer zurück. Mit dem Scheitern des Bildungsgipfels ist deutlich geworden, dass diese Koalition für einen der wichtigsten landespolitischen Arbeitsbereiche außer Sprechblasen und Harmonieduselei wenig zu bieten hat.

Wir stehen vor einem neuen Schuljahr, und viele der alten Probleme sind ungelöst: Es geht nicht weiter beim Ausbau von echten Ganztagschulen, bei der Inklusion, bei Schulsozialarbeit oder längerem gemeinsamen Lernen. Stattdessen verlieren Grundschulen und Oberstufen Stellen und damit pädagogisches Profil. „Keinen Millimeter Bewegung“ hatte Volker Bouffier angeordnet, und so ist es auch gekommen.

Am Ende haben nicht nur die Oppositionsfraktionen, sondern auch Eltern, Schüler, Lehrerverbände und Gewerkschaften den Bildungsgipfel als gescheitert betrachtet. Die Koalition war so naiv zu glauben, ihre schwarz-grünen Minikompromisse könnten für eine Einigung ausreichen. Das zeigt, wie weltfremd die Bildungspolitik unter Schwarz-Grün ist und wie weit weg von den realen Problemen. Bildungsgerechtigkeit scheint beiden Koalitionspartnern egal zu sein.

Nicht besser steht es um das zweite große Ärgernis, die Neuordnung der kommunalen Finanzen, gegen flächendeckenden Widerstand von CDU und Grünen beschlossen. Sie mögen das als politischen Erfolg verbuchen, tatsächlich ist es Ausdruck politischer Kurzsichtigkeit. Wer die Handlungsfähigkeit der Kommunen derart einschränkt, vergeht sich am sozialen Zusammenhalt in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen. Und klar ist: Was Schwarz-Grün spart, zahlen die Bürgerinnen und Bürger, entweder mit höheren Steuern und Gebühren oder schlechteren Dienstleistungen.

Beide Themen zeigen, mit welcher Einstellung Schwarz-Grün regiert. Das zentrale Merkmal dieser Politik ist pure Ignoranz.

Ihr  
  
 Thorsten Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

### LAUF FÜR MEHR ZEIT

13. SEPTEMBER:  
 „SPD HESSEN-TEAM“  
 BEIM LAUF FÜR MEHR  
 ZEIT DER FRANKFUR-  
 TER AIDS-HILFE

### START DRUCKPORTAL

AM 14. SEPTEMBER  
 STARTET DAS  
 NEUE HESSISCHE  
 DRUCKPORTAL ZUR  
 ERSTELLUNG VON  
 KANDIDAT(INNEN)-  
 MATERIAL FÜR DIE  
 KOMMUNALWAHL  
 2016

### VERANSTALTUNG: ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT IN DEUTSCHLAND

DISKUSSIONSVER-  
 ANSTALTUNG ZUM  
 THEMA MILLENNI-  
 UMSZIELE UND ZUR  
 ROLLE HESSISCHER  
 ENTWICKLUNGS-  
 ZUSAMMENARBEIT  
 AM 14. SEPTEMBER,  
 18 UHR, HOFHEIM

### MENTORING- PROGRAMM

DER STARTSCHUSS  
 DES MENTORING-  
 PROGRAMMS DER  
 HESSEN SPD FÄLLT  
 AM 28. SEPTEMBER  
 UM 19 UHR IN  
 FRANKFURT

## MIT WENIGEN KLICKS ZUM WAHLKAMPFPLAKAT

### DRUCKPORTAL ZUR KOMMUNALWAHL 2016 STARTET

Plakate kleben, Flyer stecken – der hessische Wahlkampfalltag rückt in greifbare Nähe. Sechs Wochen hessische Sommerferien sind um, und damit ist es nur noch ein knappes halbes Jahr bis zur Kommunalwahl am 6. März 2016. Wodurch sich ein „echter Straßenwahlkampf“ auszeichnet, wissen die meisten: Kandidatenplakate, Flyer, Visiten- und Postkarten gehören zur notwendigen Erstausrüstung. Um die Kandidatinnen und Kandidaten bei ihrem Wahlkampf vor Ort zu unterstützen, startet am 14. September 2015 das neue hessische Druckportal. Hier können Materialien mithilfe einer Reihe von Vorlagen im aktuellen Wahlkampf-Layout gestaltet, individualisiert und bearbeitet werden. Außerdem ist in das System eine Fotodatenbank integriert, auf die zurückgegriffen werden kann. Die Materialien können so an den Wahlkampf vor Ort und

die Kandidatenprofile angepasst werden und sind dennoch optisch mit dem gesamthessischen Kommunalwahlkampf verbunden. Das eigene Plakat ist nur wenige Klicks entfernt. Ob das fertige Produkt dann direkt bestellt oder über das System in Produktion gegeben wird, bleibt den Wahlkämpfern selbst überlassen. Für den frühen Vogel gelten bis zum 15. November besondere Sparpreise.

Für die schnelle Hilfe steht ab dem 14. September eine Druckportalhotline unter 0611/9997725 täglich von 17-20 Uhr zur Verfügung. Außerdem gibt es am 12. September von 11-15 Uhr eine Vor-Ort-Schulung in Gießen sowie drei Onlineschulungen am 10., 15. (jeweils von 18-20 Uhr) und 26. September (von 10-12 Uhr). Anmeldungen an [landesverband.hessen@spd.de](mailto:landesverband.hessen@spd.de). Weitere Infos unter:

[www.spd-hessen.de/alles-zum-druckportal](http://www.spd-hessen.de/alles-zum-druckportal).

**WIR  
GRATULIEREN**

**Claus Steinmetz,**  
Bürgermeister  
Wabern

**Dr. Marius Hahn,**  
Bürgermeister  
Limburg

**Stefan Bechthold,**  
Bürgermeister  
Fernwald

**Thomas Brunner,**  
Bürgermeister  
Wettenberg

**Hans-Georg Brum,**  
Bürgermeister  
Oberursel

**Dr. Thomas Spies,**  
Oberbürgermeister  
Marburg

**Dirk Haas,**  
Bürgermeister  
Buseck

**Dr. Reinhard Kubat,**  
Landrat  
Waldeck-Frankenberg

**Claus Kaminsky,**  
Oberbürgermeister  
Hanau

**Björn Brede,**  
Bürgermeister  
Frankenau

## ERFOLGREICHE DIREKTWAHLEN IN HESSEN – EINE BILANZ

Die bisherigen Direktwahlen des Jahres 2015 zeigen für die hessische Sozialdemokratie ein besonders positives Bild. Zum ersten Mal konnten die Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort auf Wunsch auch auf die Unterstützung des Landesverbands zurückgreifen, der mit Material, Rat und Tat sowie Mobilisierungshilfen zur Seite stand.

Insgesamt 42 Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratswahlen standen in diesem Jahr bereits auf dem Wahlzettel. Bei 21 Direktwahlen konnten sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten durchsetzen. Das ist eine erfolgreiche Bilanz, besonders wenn man einen näheren Blick auf die glücklichen Wahlsieger wirft: Die größten Wahlpartys stiegen in diesem Jahr wohl in Wetzlar, Buseck, Limburg und im Odenwaldkreis. Hier wurden die Mandate für die SPD neu hinzugewonnen. In

Wetzlar erhielt der neue Oberbürgermeister Manfred Wagner im ersten Wahlgang über 60 % der Stimmen, der neue Landrat im Odenwaldkreis Frank Matiaske setzte sich gegen den amtierenden Landrat durch. Der Busecker Dirk Haas und der Limburger Marius Hahn setzten sich ebenfalls als neue Bürgermeister durch. Haas und Hahn beendeten damit langjährige FW- bzw. CDU-Dominanzen in den örtlichen Rathäusern. Auch am Ende von 17 weiteren Wahlkämpfen stand ein erfolgreiches Ergebnis. Eine Bilanz, die gerne mit in den Kommunalwahlkampf 2016 genommen wird. Jetzt gehören 14 von 21 Landrätinnen und Landräten der SPD an und acht von zwölf Großstädten werden von SPD-Oberbürgermeisterinnen oder -Oberbürgermeistern regiert. Das zeigt vor allem eines: Die Zeichen in Hessens Kommunen stehen auf Rot. ■



Eine willkommene Unterbrechung des SPD-Fraktionsalltags im Hessischen Landtag: Claus Kaminsky, Oberbürgermeister von Hanau, und Thomas Spies, zukünftiger Oberbürgermeister von Marburg, mit Thorsten Schäfer-Gümbel.

FOTO: MARTINA HÄUSEL/DAVID



Eingangstor des KZ Auschwitz.

DNALOR 01, WIKIPEDIA.COM/CC BY-SA 3.0

## FRITZ BAUERS MUT GEWÜRDIGT

Zum 50. Jahrestag der Urteilsverkündung in den Frankfurter Auschwitz-Prozessen sprach Thorsten Schäfer-Gümbel dem damaligen hessischen Generalstaatsanwalt und Sozialdemokraten Fritz Bauer für seine Verdienste zur Aufarbeitung und juristischen Verfolgung der NS-Vergangenheit seine größte Anerkennung aus. „Fritz Bauer hat gegen große Widerstände die Täter von Auschwitz vor Gericht gebracht. Er rüttelte ein Deutschland auf, das in der Adenauer-Zeit in bleierne Ruhe gefallen war. Während ehemalige Nationalsozialisten und SS-Leute wieder in Amt und Würden gekommen waren, sah er sich mit seinen Anklagen massiven Anfeindungen ausgesetzt. Sein Mut hat maßgeblich dazu beigetragen, die schreckliche deutsche Vergangenheit aufzuarbeiten“, sagte Schäfer-Gümbel. Fritz Bauer hatte 1959 durchgesetzt, dass der Bundesgerichtshof die Strafsache gegen Auschwitz-Täter dem Landgericht Frankfurt am Main übertrug. Die Auschwitz-Prozesse wurden mit der „Strafsache gegen Mulka u. a.“ am 22. Dezember 1963 eröffnet und mit Urteilen gegen 17 Angeklagte am 19. August 1965 beendet. ■

## DER MOBILISIERUNGSPLANER NICHTWÄHLER AKTIVIEREN – WAHLEN GEWINNEN!

Neben der Listenaufstellung und der programmatischen Arbeit ist die Suche nach der richtigen Wahlkampfstrategie ein Thema, das alle Gremien der hessischen SPD im Vorfeld der Kommunalwahl beschäftigt. Mit dem Mobilisierungsplaner bietet die Hessen-SPD als bundesweit erster Landesverband ein Instrument an, mit dem die Gliederungen diejenigen Wahlbezirke in ihren Kommunen identifizieren können, in denen sich Wahlkampfaktionen besonders lohnen. In der Regel sind das jene Bezirke, in denen die SPD bereits gute Wahlergebnisse erzielt und die Wahlbeteiligung eher unterdurchschnittlich ist. Denn: Die Aktivierung von SPD-affinen Nichtwählern ist vielerorts eine große Chance.

Mit dem Mobilisierungsplaner können Wahlkampfaktivitäten gezielt verstärkt werden. Außerdem ist der Planer mit sozi-

odemografischen Daten gekoppelt: Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort können also auf einen Blick sehen, ob in dem ausgewählten Bezirk viele Rentner, Familien, Migranten, Gering- oder Gutverdiener leben. Dadurch können inhaltliche Strategien und Themenplanung an einzelne Wohnquartiere angepasst werden. Zugriff auf den Mobilisierungsplaner haben alle hessischen Ortsvereinsvorsitzenden über die Plattform mitmachen.spd.de. Auch wenn das ein oder andere Gebiet im Mobilisierungsplaner noch aktualisiert wird, liegen

schon heute Daten von über 90 Prozent der hessischen Gemeinden vor. Der Mobilisierungsplaner startet am 14. September 2015. Weitere Infos erhalten Ortsvereinsvorsitzende mit dem nächsten Kampagnennewsletter. ■

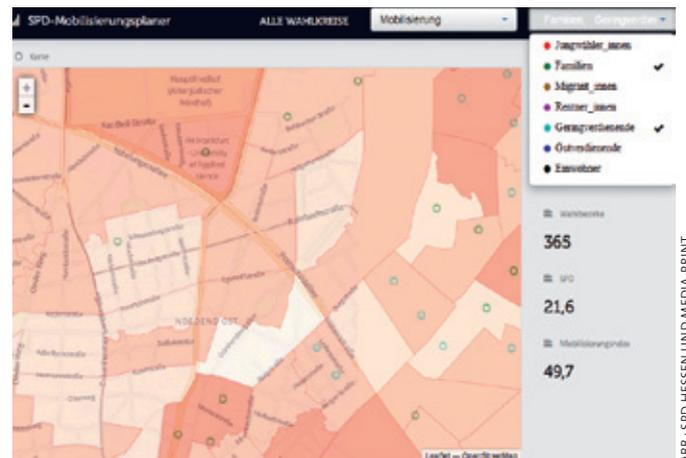


ABB.: SPD HESSEN UND MEDIA-PRINT

# FRAU TRAUT SICH

**DAS FRAUENNETZWERK DER SGK HAT SICH ZUM ZWEITEN MAL IN GIESSEN GETROFFEN**

**W**ar eine tolle Veranstaltung“, „Spannende Gespräche“, „Hat mir echt weitergeholfen“, „Bin ich froh, dass ich gekommen bin“ – dies waren die Kommentare der Teilnehmerinnen des zweiten Netzwerktreffens der Frauen. Unter dem Motto „Frau traut sich“ hatte die Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang die Moderation übernommen und durch den Abend geführt. Locker und ungezwungen ging es dabei unter den rund 60 Teilnehmerinnen zu. Politikerinnen und Unternehmerinnen erzählten von ihrem Lebensweg, um potenziellen Anwärtinnen auf ein kommunales Hauptamt Mut zu machen – sich eben „zu trauen“. Auch die Wahlsiegerinnen Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz und Landrätin Anita Schneider waren dabei. Sehr offen berichteten beide über ihre ganz persönlichen Wahlkampf Erfahrungen.

Ihren Weg von der Kinderpflegerin bis in den Haushaltsausschuss des Deut-



**Gisela Stang, Lisa Gnadl und Ilja-Christin Seewald stellen das Mentorinnenprogramm der HessenSPD vor. Der Startschuss fällt am 28. September in Frankfurt.**

schen Bundestages schilderte die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der hessischen Landesgruppe Ulrike Gottschalk. Die hessische Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl schilderte ihre Erfahrungen mit der Vereinbarkeit von zwei kleinen Kindern und dem landespolitischen Alltag. „Hinfallen ist nicht schlimm. Liegenbleiben ist das Problem.“ Von dieser Erfahrung konnte auch Unternehmerin Selma Yasdut, Tochter von

Migranten aus der Türkei, berichten. Sie habe die Erfahrung, ihren Schulabschluss nicht zu schaffen, regelrecht gebraucht. Später arbeitete sie sich bis zur Technikerin hoch und etablierte sich mit einer eigenen Firma. Lebenswege, die von vielen Frauen aufgenommen wurden. Die erste Visitenkartenparty hatte letztes Jahr in Frankfurt stattgefunden. Eine nächste Veranstaltung ist mit Landrätin Kirsten Fründt in Marburg geplant. ■

## FOKUS AUF SOZIALE GERECHTIGKEIT, BILDUNG UND INNOVATION SOWIE ARBEIT UND WIRTSCHAFT

**B**ei der ersten gemeinsamen Präsidiumssitzung der SPD-Landesverbände von Hessen und Niedersachsen im Juli haben der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und hessische Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel sowie der niedersächsische Landesvorsitzende und Ministerpräsident Stephan Weil für die nächsten Jahre eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Kern des Austauschs soll eine Debatte der strategischen Fragen der Sozialdemokratie sein. „Inhaltlich stimmen beide Präsidien darin überein, dass ein programmatischer Dreiklang aus sozialer Gerechtigkeit, Bildung und Innovation notwendig ist, dazu stellen wir den Fokus auf Arbeit

und Wirtschaft. Die SPD muss soziale Sicherheit und Konzepte für eine gute Zukunft miteinander verbinden“, waren sich Schäfer-Gümbel und Weil einig. Der Blick ging auch in Richtung Bundespolitik. „Die SPD hat bei sehr umstrittenen Vorhaben Koalitionsdisziplin bewiesen. Wir haben viele Wahlversprechen glaubwürdig umgesetzt“, sagte Schäfer-Gümbel.

„Unsere Landesverbände begrüßen ausdrücklich die vom Parteivorstand begonnene Diskussion über die sozialdemokratischen Perspektiven zur Bundestagswahl 2017. Das vorgelegte Impulspapier bietet dafür einen wichtigen Anstoß“, sagten die beiden Landesvorsitzenden. Sie fordern eine breite Diskussion innerhalb der SPD. ■



**Weiteres Thema der Sitzung war die Überarbeitung des SPD-Grundsatzprogramms, das im Jahr 2020 beschlossen werden soll.**

## EINBERUFUNG DES LANDESPARTEIRATS

Entsprechend § 8 (4) unserer Satzung berief der Landesvorstand am 7. Juli 2015 den Landespartei rat für

**Mittwoch, 7. Oktober 2015, 17.00-19.00 Uhr,**

nach Frankfurt ein. Er setzt sich zusammen aus jeweils zwei Vertreterinnen und Vertretern der SPD-Unterbezirke in Hessen, jeweils zehn gewählten Vertreterinnen und Vertretern der beiden Bezirke sowie den gewählten Mitgliedern des Landesvorstands. Die jeweils zwei Vertreterinnen und Vertreter der Unterbezirke werden von den Unterbezirksparteitagen gewählt. Die jeweils zehn Vertreterinnen und Vertreter der beiden Bezirke werden von den Bezirksvorständen gewählt. Der Landespartei rat berät den Landesvorstand in allen Politikbereichen.

### Vorläufige Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Vorbereitung des ordentlichen Landesparteitags am 7. November 2015
  - a. Anträge
  - b. Vorstandswahlen
3. Vom Landespartei tag an den Landespartei rat überwiesene Anträge
4. Verschiedenes

## DIREKTWAHLEN IN HESSEN

Auch im zweiten Halbjahr stehen viele wichtige Direktwahlen an. Hingehen, mitmachen, vor Ort unterstützen:

**13. September**

**Sebastian Maier** will Bürgermeister werden. Maintal

**27. September**

**Carsten Müller** kandidiert als Landrat. Offenbach

**Thomas Jackel** will Bürgermeister werden. Biebergemünd

**Benjamin Harris** ist Bürgermeisterkandidat. Büdingen

**Peter Kelch** kandidiert als Bürgermeister. Fronhausen

**Carsten Krätschmer** will wieder Bürgermeister werden. Glauburg

**Halil Öztas** ist Bürgermeisterkandidat. Heusenstamm

**Ruth Disser** will als Bürgermeisterin wiedergewählt werden. Mainhausen

**Herbert Hunkel** will wieder Bürgermeister werden. Neu-Isenburg

**Cäcilia Reichert-Dietzel** will als Bürgermeisterin wiedergewählt werden. Ranstadt

**Jürgen Hoffmann** will als Bürgermeister wiedergewählt werden. Rodgau

## HESSEN SPD BEIM LAUF FÜR MEHR ZEIT

Ob fünf oder zehn Kilometer: Im Mittelpunkt steht nicht der Wettkampf, sondern die finanzielle Unterstützung der Arbeit der AIDS-Hilfe Frankfurt e. V. für Menschen mit HIV und AIDS. Bereits in den vergangenen Jahren war die HessenSPD mit einem eigenen Team in Frankfurt vertreten. Auch zum 20. Jubiläum des Laufs sind wir wieder dabei. Los geht's am 13. September von 13:00 bis 20:00 Uhr am Opernplatz in Frankfurt. ■

## VERLEIHUNG DER HOLGER-BÖRNER- MEDAILLE 2015

Seit 2011 verleiht die HessenSPD alle zwei Jahre zum Andenken an Holger Börner und zur Auszeichnung herausragender Verdienste um die Sozialdemokratie die Holger-Börner-Medaille an bis zu drei Sozialdemokraten, die sich durch ihren politischen Einsatz und ihr langjähriges Engagement um die SPD in Hessen in besonderer Weise verdient gemacht haben. Bisherige Preisträger sind Hans Krollmann, Herbert Günther, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Kurt Beck. Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 7. Juli 2015 beschlossen, in diesem Jahr die Holger-Börner-Medaille an Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Hans Eichel und Karl Eyerkauf zu vergeben. Der Termin für die Preisverleihung wird im nächsten „Vorwärts“ bekannt gegeben. ■

# VOLLES HAUS BEIM MITARBEITERKONVENT

In diesem Jahr haben wir extrem viele und extrem gute Wahlergebnisse für die SPD auf kommunaler Ebene eingefahren“, begrüßte Thorsten Schäfer-Gümbel die rund 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Büros der Unterbezirke, der beiden Bezirksgeschäftsstellen, der Landesgeschäftsstelle und der Kreistagsfraktionen. Bereits zum siebten Mitarbei-



FOTO: ISABEL NEUMANN

In dem Workshop „Körper und Stimme“ konnte man anhand von beispielhaften Situationen aus dem Alltag gleich die neu erworbenen Kenntnisse über Kommunikation und Körpersprache testen.

terkonvent hatten sich die Kolleginnen und Kollegen in Fulda getroffen. In seiner Begrüßung machte der Landesvorsitzende einmal mehr die Bedeutung kommunaler Wahlen für die SPD in Hessen deutlich. Und eben unter diesem Zeichen stand der Mitarbeiterkonvent im Juli. Während für die Kommunalwahl 2016 noch in weiter Ferne liegt, stecken die Mitarbeiter der hessischen SPD-Büros schon in der Wahlkampfplanung. Der Mitarbeiterkonvent als Fort- und Weiterbildungsprogramm und Austauschplattform der HessenSPD passt da besonders gut.

### Schrauben in der Kommunalwerkstatt

Insgesamt wurden fünf Workshops angeboten, angepasst an die Wünsche der Mitarbeiter. Diskutiert wurde über die



FOTO: WILLY WITTHAUT

zentralen Angebote zur Kommunalwahl, Wahlkampftools, modernen Zielgruppenwahlkampf, Onlinemobilisierung und Pressearbeit. Im Seminar „Körper und Stimme“ standen Kommunikation und Körpersprache in schwierigen Situationen im Mittelpunkt. Das Besondere: Dieser Workshop wurde ganztägig angeboten. In einem zweiten Block ging es außerdem um die Themen Freiwilligenarbeit und Mitglieder-motivation. Noch ein knappes halbes Jahr ist es bis zum Wahltag. Bis dahin haben die Mitarbeiter in der hessischen SPD noch viel zu tun. In der Vorbereitung hilft es, wenn „alle mal zusammenkommen“. Das Konzept des Mitarbeiterkonvents hat sich über die Jahre bewährt, positiv wurden sowohl Programm als auch Referentinnen und Referenten von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bewertet.

# WIE SOLL ES WEITERGEHEN MIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT?

Im Jahre 2000 war sich die Weltgemeinschaft einig, dass noch viel mehr gegen den Hunger und die Armut auf unserem Planeten getan werden muss. 189 Staats- und Regierungschefs unterzeichneten damals die Millenniumserklärung. Das erste Mal in der Geschichte verpflichteten sich arme und reiche Länder, nach konkreten und umfassenden Zielen zu handeln und den Erfolg messbar zu machen. Damals lebten über eine Milliarde Menschen in extremer Armut, mehr als 900 Millionen Menschen mussten Hunger



Dr. Sascha Raabe, MdB

leiden, mehr als 100 Millionen Kinder hatten keinen Zugang zu Bildung, und über eine Milliarde Menschen hatten kein sauberes Trinkwasser. Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Auf der einen Seite werden die Fortschritte gerühmt, auf der anderen Seite die Zahlen als „geschönt“ abgelehnt. Wie also soll es weitergehen? Die Veranstaltung „Wir retten die Welt! Ist die Welt noch zu retten?“ der HessenSPD und der SPD Hofheim will diese und weitere Fragen am 14. September um 18 Uhr in Hofheim gemeinsam mit Dr. Sascha Raabe, MdB, Dr. Michael Krempin von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Ralf Tepel von der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie und Mitglied im VENRO-Vorstand diskutieren. Moderiert wird die Veranstaltung von Gisela Stang, der stellvertretenden Vorsitzenden der HessenSPD und Bürgermeisterin von Hofheim.



Gisela Stang, SPD

## 150 JAHRE PHILIPP SCHEIDEMANN



FOTO: ARCHIV

Thorsten Schäfer-Gümbel mit der Urenkelin Philipp Scheidemanns, Frau Harvey, und deren Sohn beim Festakt „150 Jahre Philipp Scheidemann“. Im Juli wäre der wohl bekannteste Kasseler SPD-Politiker 150 Jahre alt geworden.

# AUSBEUTUNG AM ARBEITSPLATZ: NICHT MIT MIR!

Am 1. März 2015 ist das neue hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz in Kraft getreten. Öffentliche Aufträge dürfen laut Gesetz nur noch an Firmen vergeben werden, die nach Tarif (Branchenmindestlohn) bezahlen oder den gesetzlichen Mindestlohn einhalten. Auch müssen durch den Auftraggeber festgelegte Kriterien, wie z. B. Umweltstandards und Ausbildung, eingehalten werden. Soweit zu der rechtlichen Seite. Damit Verstöße gegen das Gesetz nicht unter den Tisch fallen, bietet die HessenSPD unter [www.spd-hessen.de/Vergabegesetz](http://www.spd-hessen.de/Vergabegesetz) ein Formular an, mit dem Verstöße gegen das hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz gemeldet werden können. „Die SPD wird weiter an ihrer Forderung festhalten, dass eine dem Wirtschaftsministerium untergeordnete Prüfbehörde zur Kontrolle des Gesetzes eingerichtet werden muss. Nur so ist ein wirksamer Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ausbeutung sowie der von anständigen Arbeitgebern vor Billigkonkurrenz gewährleistet“, erklärt Landtagsabgeordnete Elke Barth. Meldungen über das Formular können auf Wunsch auch anonym erfolgen.

# FRONTALANGRIFF AUF KOMMUNEN

Die Koalition aus CDU und Grünen hat gegen die Stimmen der Opposition die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) beschlossen, der aus Sicht der SPD-Fraktion einem schwarz-grünen Frontalangriff auf die Städte, Gemeinden und Kreise gleichkommt.



Norbert Schmitt MdB

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Norbert Schmitt nannte den neuen KFA „zutiefst kommunalfeindlich“. „Die Kommunalfeindlichkeit bleibt auch nach den jüngsten Nachbesserungen bestehen. Die Städte, Landkreise und Gemeinden erhalten immer noch 500 Millionen Euro weniger, als ihnen nach dem KFA vor 2011 zustehen würde.“ Viele Kommunalpolitiker aller Parteien hätten große Hoffnung auf die Neuordnung

## VETTERNWIRTSCHAFT WIRD TEUER

Den hessischen Steuerzahlern entsteht aufgrund eines Vergleichs zur Beendigung der sogenannten Polizeicheffaffäre ein Schaden in Höhe von 50.000 Euro, der durch das rechtswidrige Verhalten und die politische Vetternwirtschaft des damaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier verursacht worden ist.

Bouffier hatte seinerzeit einen CDU-Parteifreund zum Chef der hessischen Bereitschaftspolizei ernannt, ohne ein geordnetes Auswahlverfahren vorzunehmen. Ein unterlegener Bewerber hatte wegen der eindeutig rechtswidrigen Entscheidung Schadensersatzklage gegen Hessen erhoben und erhält jetzt aufgrund eines Vergleichs 50.000 Euro vom Land.

„Es kann nicht sein, dass das Land aus Steuermitteln für politisches Fehlverhalten und rechtswidriges Handeln des damaligen Innenministers geradestehen muss. Die Frage der Amtshaftung stellt sich hier deutlich“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. Herr Bouffier werde seinem Ruf als Skandalminister einmal mehr gerecht. „Wenn Sie 50.000 Euro für einen Vergleich zahlen, scheinen Sie ein Urteil des Landgerichts Wiesbaden sehr zu fürchten.“ Rudolph erinnerte daran, dass die Grünen wegen der Polizeicheffaffäre seinerzeit den Rücktritt Bouffiers gefordert hatten, davon heute aber nichts mehr wissen wollten.



Günter Rudolph, MdB

gesetzt und sähen sich massiv getäuscht. „Diesen Verdruss hat Schwarz-Grün mit einem Gesetzentwurf verursacht, dessen Ergebnis vorausbestimmt gewesen ist, nämlich den Kommunen die notwendigen Mittel vorzuenthalten. Mit viel Getöse, vielen Rechenoperationen und Gesprächsrunden

wurde dieses Ziel übertüncht. Das war immer als Täuschungsmanöver angelegt.“ Der den kommunalen Spitzenverbände abgepresste Kompromiss ersetze keine fairen Verhandlungen auf Augenhöhe. „Etwas weniger kommunalfeindlich bleibt immer noch kommunalfeindlich. Dass für Kommunen gedachte Bundesmittel ungeschmälert den Kommunen zufließen, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass dies einer Vereinbarung zwischen Spitzenverbänden und CDU/Grünen bedarf, zeigt das Ausmaß schwarz-grüner Kommunalfeindlichkeit. Den Spitzenverbänden war ein halber Spatz in der Hand lieber als die

## BILDUNGSGIPFEL GESCHEITERT

Aus Sicht der SPD-Fraktion hat die CDU eine tragfähige Einigung beim „Bildungsgipfel“ verhindert. Thorsten Schäfer-Gümbel sagte dazu im Hessischen Landtag: „Ministerpräsident Volker Bouffier und die Hardliner in der CDU haben den Gipfel hintertrieben. Anstatt den Bildungsgipfel zur Chefsache zu machen, hat Bouffier öffentlich klargestellt, dass die CDU keinen Millimeter von ihren Grundlinien abweichen werde. Das Gewicht von Kultusminister Lorz hat nicht ausgereicht, die Widerstände in der CDU-Fraktion zu überwinden.“

Die SPD habe klar formulierte und messbare Ziele gefordert. „Immerhin ging es darum, bildungspolitische Leitlinien für die kommenden zehn Jahre festzulegen. Ob beim Thema Ganztagschulen, Inklusion oder Berufsorientierung – oberflächliche Willensbekundungen und Unverbindlichkeiten reichen da nicht aus.“ Die SPD habe dem Kultusminister Einigungskorridore aufgezeigt. Etwa habe sie die Umwandlung von 50 Grundschulen in echte Ganztagschulen jährlich vorgeschlagen. „Diesen Vorschlag habe ich bereits im Januar 2015 erstmals gemacht. Bei



FOTO: GERT-LUWE MENDE

Trotz massiven Protesten im ganzen Land, wie hier in Wiesbaden, hat Schwarz-Grün den neuen Finanzausgleich beschlossen.

Taube auf dem Dach“, sagte Schmitt. Die zentralen Mängel des Gesetzentwurfes seien nicht beseitigt worden. Die hessischen Kommunen blieben weiterhin unterfinanziert. Der Mindestbedarf sei heruntergerechnet worden. „Vorhandene Bedarfe, denen wegen der Finanznot der Kommunen nicht entsprochen werden konnte, bleiben außerhalb der Bedarfsermittlung. Zudem fehlen allein rund 900 Millionen Euro für die Erledigung von Pflichtaufgaben.“ ■

Kultusminister Lorz sind die Ergebnisse leider versandet.“

Schäfer-Gümbel erneuerte die Kernforderung der SPD: „Das zentrale Problem der Bildungspolitik ist, dass die soziale Herkunft den Bildungsweg von Kindern so sehr beeinflusst wie in nahezu keinem anderen industrialisierten Land der Welt. Dies zu verändern ist unser bildungspolitischer Maßstab“, sagte Schäfer-Gümbel. Zur Lösung dieses Problems habe der Bildungsgipfel keinen Beitrag geleistet. Auch im Hinblick auf den Ausbau von Ganztagschulen – von den 1.200 Grundschulen in Hessen sind gerade einmal fünf echte Ganztagschulen – habe es keinen Fortschritt gegeben. Das gelte auch für die Punkte Inklusion und Schulsozialarbeit.

Für die Gespräche sei es auch wenig hilfreich gewesen, dass die Landesregierung parallel Kürzungen vorgenommen habe. Das sei für viele Akteure schlicht eine Provokation gewesen. „Wir haben schon lange nicht mehr so viel Post aus Grundschulen und weiterführenden Schulen bekommen. Man schreibt uns: Leute, helft uns! Was das Land gerade macht, zerstört unsere bildungspolitischen Optionen.“ ■



Thorsten Schäfer-Gümbel:  
„Der Bildungsgipfel ist an der CDU gescheitert. Einem Papier, das nicht zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt, konnte die SPD unmöglich zustimmen.“

## BOUFFIER WOLLTE DAS SCHEITERN

Hier einige Pressestimmen zum Scheitern des schwarz-grünen Bildungsgipfels:

» Seine Partei werde keinen Millimeter von ihren Grundlinien abgehen, während die SPD für eine „inhumane“ Einheitsschule stehe, tonte Bouffier im Mai. Damit hat er seinen Kultusminister brüskiert und das Scheitern des Gipfels, das Schwarz-Grün nun zu beklagen hat, selbst vorweggenommen. <<

### Frankfurter Rundschau

» Nun, da allenfalls die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner möglich erscheint und die Gräben an manchen Stellen tiefer sind als zuvor, trifft SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel den Punkt. Der versuchte Gipfelsturm war vor allem Zeitverschwendung. <<

### Frankfurter Allgemeine

» Die Schulen leiden seit Jahren unter „Magersucht und Überalterung“ – dringend benötigte Lehrerstellen fehlen und es wurde zu wenig Nachwuchs ins Lehrerkollegium geholt. Kontinuierlich ist die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte erhöht worden. (...) Der Versuch von CDU und Grünen, einen zehn Jahre währenden Burgfrieden in zentralen Fragen der Schulpolitik zu schließen, war wohl von Beginn an zum Scheitern verurteilt: Das Projekt war offenbar nicht ausreichend gut vorbereitet. <<

### OFFENBACH-POST

» Schwarz-Grün wiederum sorgt mit seinem eigenen Vorgehen für Verdruss, wenn man wegen Stelleneinsparungen an Gymnasien die Lehrverbände verprellt. Statt mit einem klaren Kurs alles zu tun, um Schulen und Bildung zu befördern, bleibt nun vorerst der Nachgeschmack eines missratenen Gipfels. <<

### HNA

Hessische Niedersächsische Allgemeine

## STIEFKIND KLIMASCHUTZ

Für völlig unzureichend hält die SPD-Fraktion die Bemühungen der schwarz-grünen Landesregierung beim Klimaschutz.



Timon Gremmels, M.D.

„Vor allem die Grünen werden ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Zu Oppositionszeiten haben sie vier Klimaschutzgesetze vorgelegt – davon wollen sie jetzt nichts mehr wissen. So ist im schwarz-grünen Koalitionsvertrag nur noch von einem Klimaschutzkonzept die Rede“, sagte Timon Gremmels, umweltpolitischer Sprecher der SPD, in der Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Umweltministerin Priska Hinz. „Wir hätten wenigstens erwartet, dass die Umweltministerin dem Landtag dieses Konzept vorstellt, doch Fehlanzeige.“ Auf den von Schwarz-Grün angekündigten jährlichen Klimaschutzbericht warte die Öffentlichkeit bis heute. Darüber hinaus klammere Umweltministerin Hinz bei der Frage des Klimaschutzes den Verkehr fast vollständig aus, obwohl er mit 48 Prozent fast die Hälfte des hessischen Energieverbrauchs verursache. Der SPD-Umweltpolitiker wies darauf hin, dass es in rot-grün regierten Ländern wie Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bremen wirkungsvolle Klimaschutzgesetze gäbe. „Daran sollte sich Ministerin Hinz orientieren, dann hätte sie auch die Unterstützung der SPD.“

# GUTE AUSBILDUNG VON ZENTRALER BEDEUTUNG

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL AUF SOMMERTOUR

In einer Reihe von Betrieben hat sich der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Thorsten Schäfer-Gümbel bei seiner Sommertour zum Thema „Gute Ausbildung in Hessen“ über die jeweilige Ausbildungssituation informiert.

„Die Besuche haben mir einmal mehr vor Augen geführt, dass gute Ausbildung von elementarer Bedeutung für die kommenden Jahre sein wird. Die Unternehmen brauchen gut qualifizierte Fachkräfte, um auch zukünftig ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten“, sagte Schäfer-Gümbel.

Der SPD-Politiker forderte in diesem Zusammenhang bei einem Besuch der AWO-Kindertagesstätte „Gerd Panek“ in Wiesbaden die Anerkennung des Erzieherberufs im Berufsbildungsgesetz. Damit könne nach Ansicht von Schäfer-Gümbel dem Mangel an Erzieherinnen

und Erziehern entgegengewirkt werden.

Der Fachkräftemangel war auch bei der zweiten Station des Tages, der Werkfeuerwehr der Fraport AG, zentrales Thema. „Leider spiegelt sich das tägliche Risiko der Einsätze von Feuerwehrleuten nicht in einer gerechten Entlohnung wider. Dies gilt insbesondere für die Feuerwehrfrauen und -männer im öffentlichen Dienst. Sollte sich diese Situation nicht ändern, kommt es unweigerlich zu einem Mangel an ausgebildeten Spezialisten, der sich auf die öffentliche Sicherheit negativ auswirkt“, sagte Schäfer-Gümbel.

Auch beim Airmail Center der Deutschen Post am Frankfurter Flughafen bei Lufthansa Cargo sowie zum Abschluss der Tour bei der Deutschen Flugsicherung in Langen stand das Thema Ausbildung im Mittelpunkt. ■



Bei der Flughafen-Feuerwehr in Frankfurt informiert sich Thorsten Schäfer-Gümbel über die hohen Anforderungen an die Beschäftigten.

## SORGE UM KALIBERGBAU

An der Seite der Beschäftigten und des Kali-Unternehmens K+S fordert die SPD-Fraktion die Eigenständigkeit der Aktiengesellschaft, damit die Arbeitsplätze im Kali-Bergbau nicht gefährdet werden. Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel sagte dazu im Landtag: „Die SPD-Fraktion vertritt gemeinsam mit CDU und Grünen die Auffassung, dass eine Übernahme durch Potash Corp nicht im Interesse des Unternehmens K+S ist, und wir begrüßen, dass ein solches Angebot des kanadischen Unternehmens abgelehnt wurde.“

K+S habe eine zentrale Bedeutung als einer der größten Arbeitgeber in Nord- und Osthessen. Zudem sei das Unternehmen bergbautechnisch ein Technologieführer. „Bei einer Übernahme bestehen erhebliche Gefahren für die Beschäftigten und die Re-

gion. Die Übernahmepläne zielen ganz eindeutig auf eine Marktberreinigung durch Standortschließung zugunsten von Europa ab. Ein Unternehmen, das acht Milliarden Euro für den Kauf von K+S aufbringen will, aber nichts zur Frage sagt, wie das Investment wieder reinkommen soll, macht mich bösgläubig.“

Das Unternehmen K+S sei finanziell gesund und auf dem Weltmarkt absolut konkurrenzfähig. Über 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien seien direkt und indirekt von K+S in der Region Nord- und Osthessen sowie in Westthüringen abhängig, so Schäfer-Gümbel in der Landtagsdebatte. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass die kanadische Konkurrenz ihre Probleme auf dem Rücken von K+S und den Beschäftigten löst.“ ■



Einsatzleiter Harald Schneider informiert über den Angriff auf das 1. Polizeirevier.

## BESUCH NACH SCHWERER ANGRIFF

Nachdem gewalttätige Demonstranten am 18. März bei den Blockupy-Protesten das 1. Polizeirevier in Frankfurt angegriffen hatten, haben Thorsten Schäfer-Gümbel, Günter Rudolph und Gernot Grumbach dies zum Anlass genommen, die Dienststelle zu besuchen. „Unserer Besuch soll das Augenmerk auf die hohe Belastung der hessischen Polizei lenken und den Beamtinnen und Beamten in besonderem Maß Dank und Anerkennung für ihr weit überdurchschnittliches Engagement zollen“, sagten die Abgeordneten.

Dieses Engagement sei insbesondere unter Berücksichtigung der Sparpolitik der hessischen Landesregierung auf dem Rücken der hessischen Beamtinnen und Beamten nicht selbstverständlich. „Die aus unserer Sicht inakzeptable Sparpolitik der schwarz-grünen Landesregierung trifft zwar alle Beamtinnen und Beamten des öffentlichen Dienstes. Gerade in Arbeitsbereichen, in denen man mit besonderen Herausforderungen konfrontiert ist, ist diese Politik aber besonders schwer zu ertragen. Der Arbeitsbereich und der Arbeitsumfang der Frankfurter Polizei gehören hier eindeutig dazu“, sagte Thorsten Schäfer-Gümbel. ■

## POLIZEI BRAUCHT MEHR PERSONAL

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph hat die Forderung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hessen Andreas Grün nach zusätzlichem Personal für die hessische Polizei unterstützt. „Es wird mehr und mehr deutlich, dass die hessischen Polizistinnen und Polizisten die Belastungsgrenzen erreicht und oft überschritten haben.“ Nun räche sich die schäbige Behandlung der Polizei durch die schwarz-grüne Landesregierung zum Beispiel durch die Nullrunde bei den Gehältern und die massive Anhäufung von Überstunden. ■

ABB.: FOTOMEK-FOTOLIA.COM



## ZU WENIG FRAUENFÖRDERUNG

Im Vergleich zum seit Monaten vorliegenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für ein neues Gleichberechtigungsgesetz fällt der jetzt von CDU und Grünen eingebrachte Entwurf aus Sicht der SPD enttäuschend aus. „Die Änderungen der Regierungskoalition haben wenig Substanz und werden kaum den dringend notwendigen Fortschritt bringen“, sagte die frauenpolitische Sprecherin Lisa Gnadl. Dabei gebe es gerade in Hessen viel Nachholbedarf in Sachen Gleichberechtigung.

Im Gegensatz zum SPD-Gesetz gebe es im Entwurf der schwarz-grünen Koalition weder klare Vorgaben noch eindeutige Begriffsbestimmungen. Während die SPD die Frauenbeauftragten stärken, angemessen ausstatten und ihnen wirkungsvolle Instrumente an die Hand geben wolle, um Gleichberechtigung durchsetzen zu können, blieben CDU und Grüne mit ihren Vorschlägen auf halber Strecke stehen. Es gebe weder ein umfassendes Klagerecht, mit dem die Frauenbeauftragten Entscheidungen inhaltlich beklagen könnten, noch eine den Aufgaben und dem Arbeitsumfang entsprechend verbesserte Ausstattung. ■

## HILFE FÜR MISSHANDELTE

Für die Aufnahme von sexuell misshandelten und missbrauchten Frauen aus Syrien und dem Nordirak hat sich der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz ausgesprochen. „Es handelt sich hier um die am meisten geschundenen Opfer der Bürgerkriege im Nahen Osten. Ihnen Schutz, Hilfe und medizinische Betreuung zukommen zu lassen, ist vornehmliche Pflicht einer den Grundsätzen der Humanität verpflichteten Flüchtlingspolitik. Deshalb sollte Hessen dem Beispiel Baden-Württembergs folgen und mit einem Sonderkontingent zumindest für einen Teil der betroffenen Frauen und Kinder eine Perspektive schaffen“, sagte Merz.

Weiter forderte er eine deutliche Erweiterung der Aufnahmekapazitäten in der Erstaufnahme von Flüchtlingen in Hessen. „Das Aufstellen von Zelten muss eine vorübergehende Erscheinung bleiben. Es ist unter keinen Umständen akzeptabel, Flüchtlinge dauerhaft in Zelten unterzubringen.“ ■

# SPD-INITIATIVE FÜR MEHR TRANSPARENZ

Der Untätigkeit der schwarz-grünen Landesregierung bei den Themen Informationsfreiheit und Transparenz von öffentlicher Verwaltung begegnet die SPD-Fraktion jetzt mit einer eigenen Initiative für ein hessisches Informationsfreiheitsgesetz.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph sagte bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs: „Im Bund und in elf Bundesländern gibt es bereits Transparenz- oder Informationszugangsgesetze. Zwar spricht sich auch die schwarz-grüne Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag dafür aus, die Erfahrungen anderer Länder und des Bundes auszuwerten und zur Grundlage einer eigenen Regelung zu machen, passiert ist aber noch nichts.“

Er erinnerte daran, dass die CDU und die von ihr geführten Landesregierungen sich beharrlich der Erkenntnis verweigert hätten, dass eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft mündige und wissende Bürger verlange. „Ein umfassendes Informationsrecht stützt die demokratische Meinungs- und Willensbildung und fördert

damit bürgerschaftliche Teilhabe. Dies ist in Hessen überfällig“, sagte der Sozialdemokrat. „Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf Transparenz stärken und ein umfassendes Recht auf Informationszugang

schaffen“, erläuterte Rudolph. Der vorgelegte Gesetzentwurf gewähre grundsätzlich jedem einen Informationsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen. Er sehe ein an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiertes Zugangsverfahren vor und trage gleichzeitig den Erfordernissen der Verwaltung Rechnung. „Dies ermöglicht, dass Bürgerinnen und Bürger einen umfangreichen

Einblick in staatliches Handeln erhalten können.“ Wichtig sei der SPD-Fraktion, dass der hessische Datenschutzbeauftragte die Funktion des Beauftragten für Informationsfreiheit übernehme, um Konflikte zwischen Datenschutz und Informationsfreiheit aufzulösen.

„Der Gesetzentwurf ist ein erster Schritt in Richtung Informationsfreiheit in Hessen. Wir als SPD-Fraktion erwarten nun von der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, dass sie diesen ersten Schritt mit uns gehen“, sagte Rudolph. ■



Günter Rudolph, MdB.



Ernst-Ewald Roth, MdB.

## TEILHABE FÜR BEHINDERTE

Der Sprecher für Inklusion der SPD-Landtagsfraktion Ernst-Ewald Roth hat einen SPD-Gesetzentwurf zur Änderung des hessischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen angekündigt. „Durch die UN-Behindertenrechtskonvention entspricht das geltende Gesetz nicht mehr den vorgeschriebenen Standards an Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter Menschen. Obwohl dies der hessischen Landesregierung seit Beitritt der Bundesrepublik Deutschland im März 2009 bekannt ist, ist es nun die SPD, die die Initiative ergreift und einen neuen Gesetzentwurf vorlegt. Wir wollen Menschen mit Behinderungen die vollständige und gleichberechtigte Teilhabe am Leben und in der Gesellschaft ermöglichen“, sagte Roth.

Die wesentlichen Punkte des vorgelegten Gesetzentwurfs seien die Neuformulierung des Gesetzesziels, die Ausweitung des Benachteiligungsverbots auf die kommunalen Gebietskörperschaften und die uneingeschränkte Bestimmung des Wohnortes und der Wohnform durch die betroffenen Menschen selbst.

„Das Ziel des Gesetzes liegt darin, zukünftig den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Förderung der Achtung ihrer Würde“, so der SPD-Politiker. ■

## GUTE STIMMUNG BEIM FAMILIENTAG IN ALSFELD



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Beim 8. Hessischen Familientag in Alsfeld stieß der Doppelstand der SPD-Landtagsfraktion und der SPD Alsfeld auf viel positive Resonanz. Zahlreiche Landtagsabgeordnete und örtliche SPD-Politiker standen für Gespräche auf dem Marktplatz zur Verfügung, daneben gab es viele Aktionen für Kinder und begehrte Preise am Glücksrad.



Bohren, schleifen, biegen – Lisa Gnagl bei der Firma Repp in Echzell.



An der Säge: Angelika Löber bei der Firma Rabe Innenausbau in Simtshausen.



**GEDENKEN AN WILHELM LEUSCHNER**

Aus Anlass des 125. Geburtstags von Wilhelm Leuschner haben die SPD-Landtagsfraktion und der DGB Hessen in einer gemeinsamen Feierstunde des früheren hessischen Innenministers gedacht.

„Wilhelm Leuschners Wirken ist bis heute identitätsstiftend und vorbildhaft. Er war Gewerkschafter, Sozialdemokrat und Widerstandskämpfer“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Die Hauptrede hielt der DGB-Bundsvorsitzende Reiner Hoffmann. Er sagte: „Leuschner war kein Ideologe, sondern er verfolgte geradlinig das Machbare, also die soziale Demokratie, auf dem Wege der praktischen Politik.“

Bereits als Innenminister des Volksstaats Hessen habe er die Putschpläne der NSDAP öffentlich gemacht und vor der Gefahr für das demokratische Gemeinwesen nachdrücklich gewarnt. Als Vermächtnis Wilhelm Leuschners bezeichnete Hoffmann die Gründung der Einheitsgewerkschaft 1945. ■

**ANPACKEN IM HANDWERK**

Nach „Praxistagen“ in Kindergärten und Pflegeeinrichtungen haben viele SPD-Landtagsabgeordnete jetzt einen Tag in einem Handwerksbetrieb mitgearbeitet, um sich über Arbeitsbedingungen und Ausbildung zu informieren.

Thorsten Schäfer-Gümbel packte beim Elektrotechniker Licht-Appel in Gießen mit an. „Das mittelständische Handwerk ist eine wichtige Säule unseres Arbeits-

marktes. Der Nachwuchs- und Fachkräftemangel ist gerade in dieser Branche deutlich zu spüren, weil immer mehr junge Menschen einen Bogen um das Handwerk machen. Zahlreiche Lehrstellen bleiben trotz guter beruflicher Perspektiven im Handwerk unbesetzt. Das Handwerk mit seinen vielen Facetten und Berufsbildern muss in der Berufsorientierung wieder eine größere Rolle spielen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende. ■



FOTO: PETER JÜLICH

Thorsten Schäfer-Gümbel verlegt Leitungen.



Elke Barth an der Bohrmaschine in der Kunst- und Bauschlosserei Dirk Velte.



Nachtschicht von Christoph Degen in Philippi's Backstube, Nidderau.



Heike Hofmann half in der Eppertshäuser Bäckerei Jürgen Kreher mit.



Leistungsfähiger Mittelständler – Lothar Quanz bei beck-bau aus Eschwege.



Glücksbringer für einen Tag. Brigitte Hofmeyer bei Rainer Wiegand in Hofgeismar.



Kerstin Geis bei den Azubis der Opel AG in Rüsselsheim.

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)  
Dr. Wilfried Lamparter  
Michael Fraenkel  
Gerfried Zluga-Buck  
Isabel Neumann  
Davia Merbach  
Katja Apelt

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden